

FDP| 06.11.2015 - 16:15

Bundestag hat Menschen die Selbstbestimmung erschwert



Geschäftsmäßige Sterbehilfe wird in Deutschland verboten. Nach einer eindringlichen Debatte setzte sich im Bundestag am Freitag ein entsprechender Gesetzentwurf gegen heftige Kritik durch. "Der Deutsche Bundestag hat heute Menschen die Selbstbestimmung am Lebensende erschwert", hadert FDP-Chef Christian Lindner mit dieser Entscheidung. Er ist der Ansicht: "In einer aufgeklärten Gesellschaft, die die Würde des Einzelnen im Zentrum haben muss, war dies die denkbar schlechteste Entscheidung." Der Staat solle nicht zum Leben nötigen, wenn so gegen den Willen eines Menschen Not, Leid und Schmerz verlängert werden.

Für den Freidemokraten wirft das neue Gesetz zur Sterbehilfe viele Fragen auf - "und bringt Medizinern Unsicherheit." Das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient werde belastet, die Arbeit von Palliativmedizinern und Hospizen gerate in rechtliche Grauzonen, führt Linder aus. Er kritisiert: "Das neue Gesetz schafft leider weniger Selbstbestimmung als das bisherige."

Der Deutschen Bundestages hat heute Menschen die Selbstbestimmung am Lebensende erschwert. In einer aufgeklärten...

Posted by Christian Lindner [1] on Freitag, 6. November 2015 [2]

Strafrecht schafft keinen gesellschaftlichen Konsens

Auch Sabine Leutheusser-Schnarrenberger <u>reagierte enttäuscht auf den Beschluss des Bundestages:</u>
[3] "Die neuen Regelungen zur Sterbehilfe werden leider nur Verunsicherung schaffen, weil in der existentiell schwierigsten Situation künftig das Damoklesschwert des Strafrechts schwebt. Ärzten, Patienten und Angehörigen bürdet das neue Gesetz in der ohnehin schon schweren Situation unnötige Rechtsunsicherheiten auf." Künftig sei es für den Arzt kaum noch möglich, straffrei Suizidbeihilfe zu praktizieren, um so den Willen des Patienten in seiner letzten Lebensphase umzusetzen, warnt die Juristin.

Sie meint: "Wenn ein Mensch die reflektierte und endgültige Entscheidung zur Beendigung seines Lebens trifft, sollte das respektiert werden." Selbstbestimmung und die Unantastbarkeit der Menschenwürde seien Werte, die auch im letzten Lebensabschnitt gelten müssten. "Der Bundestag kann die schwierigsten ethischen Fragen, die unsere Gesellschaft kennt, nicht einfach mit Mehrheit beantworten. Die Debatte wird damit längst nicht beendet sein."

<u>#Sterbehilfe</u> [4] Strafrecht schafft keinen gesellschaftlichen Konsens. Künftig droht Damoklesschwert des Strafrechts: https://t.co/TJJYoMrmr [5]

— S.L.-Schnarrenberger (@sls_fdp) 6. November 2015 [6]

Strack-Zimmermann kritisier die Neuregelung

Auch FDP-Vize Marie-Agnes Strack-Zimmermann bezog Stellung: "Die heutige Entscheidung des Bundestages zur Neuregelung der ?Sterbehilfe? [7] beschämt mich. Ich kann nur wiederholen, dass kein Mensch und kein Politiker anderen Menschen vorzuschreiben hat, wie sie zu sterben haben und bis zu welchem Punkt Leid erträglich ist. Hilfe von Menschen, die ohne kommerzielle Interessen das Leid der Betroffenen lindern wollen, zu bestrafen, ist unmenschlich."

Die heutige Entscheidung des Bundestages zur Neuregelung der #Sterbehilfe beschämt mich. Ich kann nur wiederholen, dass...

Posted by Marie-Agnes Strack-Zimmermann [8] on Freitag, 6. November 2015 [9]

Quell-URL: https://www.liberale.de/content/bundestag-hat-menschen-die-selbstbestimmung-erschwert

Links

[1] https://www.facebook.com/lindner.christian/ [2] https://www.facebook.com/lindner.christian/posts/1195904590424109 [3] https://leutheusser-schnarrenberger.de/node/49 [4] https://twitter.com/hashtag/Sterbehilfe?src=hash [5] https://t.co/TJIJYoMrmr [6] https://twitter.com/sls_fdp/status/662612020307587072 [7] https://www.facebook.com/hashtag/sterbehilfe?source=embed [8]

Bundestag hat Menschen die Selbstbestimmung erschwert (Druckversion)	
https://www.facebook.com/mastrackzimmermann/ [9] https://www.facebook.com/mastrackzimmermann/posts/908032722609144	
	<u> </u>